

Griechenland

Chancen und Gefahren für die SYRIZA-Regierung Was sind die Lehren von Linksregierungen in Chile in den 70er Jahren und Frankreich Anfang der 80er Jahre?

Die Wahl von SYRIZA hat europaweit Hoffnungen in ein Ende der Verarmung der griechischen Bevölkerung und in ein Ende des Diktats der Troika aus EU, IWF und EZB geschürt.

Doch die kapitalistischen Elite in Griechenland und Europa will mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Politik zugunsten ihrer Profitinteressen fortsetzen. Die SYRIZA-geführte Regierung soll in die Knie gezwungen werden.

Die griechische Regierung steht vor der Wahl, mit EU und Kapitalismus oder mit ihren Wahlversprechen zu brechen.

In Chile hat die Allende-Regierung Anfang der 70er Jahre mit Reformen den US-Imperialismus und die chilenischen Unternehmer gegen sich aufgebracht. Zugeständnisse an die Unternehmer und reaktionären Generäle halfen nichts. Am 11.9.1973 nutzten sie ihre Chance für einen blutigen Putsch.

In Frankreich wurde unter Francois Mitterrand 1981 eine Regierung aus Sozialistischer und Kommunistischer Partei gebildet. Sie versprach den „Sozialismus in 100 Tagen“. Umfangreiche Reformen und einige Verstaatlichungen wurden durchgeführt. Die Unternehmer sabotierten die Politik mit einem Investitionsstreik und Kapitalflucht. Der Europäische Währungsvertrag (Vorstufe des Euro) diktierte Frankreich seine Währungspolitik. Die Regierung reagierte darauf ab Mitte 1982 mit einer Kehrtwende um 180 Grad. Weit mehr wurde durch Kürzung von Sozialausgaben an die Unternehmer umverteilt als zuvor durch Reformen für die Bevölkerung ausgegeben wurde. Die Folge war eine riesige Enttäuschung in Frankreich und ganz Europa. Bei den Parlamentswahlen 1986 verloren die linken Parteien ihre Mehrheit. Der rechtsradikale

Front National zog erstmals und gleich mit 35 Abgeordneten ins Parlament ein.

Linke Regierungen fallen nicht vom Himmel. Sie sind Folge von enormen Unmut gegen die herrschenden Verhältnisse und von sozialen und betrieblichen Kämpfen. Eine linke Regierung braucht eine Strategie die Massen zu mobilisieren, um die ökonomische Macht der kapitalistischen Klasse und ihre Kontrolle über Armee, Justiz, Polizei und den bürgerlichen Staatsapparat zu brechen. Banken und Konzerne müssen in Gemeineigentum überführt werden. Die Selbstermächtigung und Selbstorganisation in den Betrieben, Schulen, Universitäten, Stadtteilen muss gefördert werden und zu Organisationen der Selbstregierung direkter Demokratie entwickelt werden. Keine Privilegien für politische Ämter und jederzeitige Abwählbarkeit sind unverzichtbar für eine sozialistische Demokratie.

Diskussionsveranstaltung
Donnerstag, den 21. Mai 2015
19.00 Uhr in der Palette,
Brunnenstraße 19 in Bad Cannstatt



ViSdP: Ursel Beck, Terrotstr. 33, 70374 Stuttgart